

24 Millionen US-Bürger werden ihren Versicherungsschutz bis 2026 verlieren, Bundesrichter auf Hawaii stoppt Trumps neue Einreisesperre und Vorstellung des ersten Haushaltsentwurfs für das Jahr 2018

Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 13. bis zum 17. März 2017

(cs) Auch in dieser Woche galt die größte Aufmerksamkeit der amerikanischen Zeitungen der Politik Donald Trumps. Insbesondere gab der Rechnungshof des Kongresses am Montag bekannt, dass schätzungsweise bis zum Jahre 2026 bis zu 24 Millionen Amerikaner ihre Krankenversicherung verlieren werden. Zudem stellte sich der Bundesrichter Derrick Watson aus Hawaii gegen Trumps neues Einreiseverbot und legte dieses Vorhaben vorerst auf Eis. Ein weiteres Thema, das großes Aufsehen erregte, war der von Donald Trump zum ersten Mal veröffentlichter Haushaltsentwurf für das kommende Jahr, der sich überwiegend auf das Militär konzentrieren soll.

Zu Beginn dieser Woche machten die neuen Schätzungen des Congressional Budget Office Schlagzeilen. Innerhalb eines Jahres sollen 14 Millionen amerikanische Bürger durch die Krankenversicherungsreform ihren Versicherungsschutz verlieren. Bis zum Jahre 2026 soll die Zahl laut Schätzungen auf bis zu 24 Millionen Betroffene ansteigen, was bedeutet, dass insgesamt über 52 Millionen US-Bürger nicht krankenversichert sein würden. Jedoch wird diese neue Reform im Laufe der nächsten 10 Jahre eine Ersparnis in Höhe von 337 Milliarden US-Dollar einbringen und somit eines der Ziele der Republikaner erfüllen, nämlich Kosteneinsparung. Sowohl die *New York Times* als auch der *Boston Globe* teilen eine negative Meinung über diese Neuigkeiten und betonen, dass auch sehr viele Trump-Wähler schwer getroffen sein würden und er sein Versprechen, eine Krankenversicherung für jeden zugänglich zu machen, somit nicht einhalten kann. Stattdessen liege der Fokus von Trumps Politik auf einer enormen Kostenersparnis und einer Steuersenkung für Amerikaner mit einem Einkommen von über 200.000 US-Dollar.

Ein weiteres großes Thema dieser Woche war das richterliche Außerkraftsetzen von Trumps neuem Einreiseverbot durch den Bundesrichter von Hawaii, Derrick Watson. Dieser hatte, wie die *LA Times* am Mittwoch berichtete, verkündet, dass durch das Vorhaben des US-Präsidenten mit “irreparablen Verletzungen” der Grundrechte und des öffentlichen Interesses zu rechnen sei. Die Neuauflage des Dekrets war darauf ausgelegt, Flüchtlingen für 120 Tage und Bürger aus dem Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen für 90 Tage die Einreise in die USA zu verweigern.

An diesem Donnerstag hatte Donald Trump seinen ersten Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2018 veröffentlicht. Es wurde sehr deutlich, dass seine Pläne dem Militär und der Sicherheit an den Grenzen zugunsten kommen werden, aber erhebliche Abstriche im Bildungs-, Umwelt- und Infrastruktur-Bereich beinhalten. Die *New York Times* hat dazu den gerade veröffentlichten Ausgabeplan mit Trumps Kampagnenversprechen verglichen und kam auf den Nenner, dass Trump nur 3 von 17 Forderungen aus dem Wahlkampf erfüllen würde. Die größte Budgetkürzung wird bei den Umweltbehörden vollzogen mit der Folge, dass die Forschung zum Klimawandel beendet wird und auch viele andere wichtige Themen missachtet werden. Zusammenfassend wird diese Vorhersage von der *New York Times* als auch vom *Boston Globe* als “angsteinflößend und besorgniserregend” eingestuft.

Quellen:

<https://www.nytimes.com>

<http://www.bostonglobe.com>

<http://www.latimes.com>